

energie +

Das Debattenmagazin der UNITI

MITTELSTAND

3-2015
2,50 EUR

Wenig Akzeptanz

Was die Politik bei der
Energiewende versäumt

Heizöl ist kein Turnschuh

Praxisfernes BGH-Urteil schadet
Mittelstand und Verbrauchern

Ungelöste Speicherprobleme

Wo der Umweltschutz derzeit
noch an seine Grenzen stößt

A portrait of a woman with short brown hair, wearing a black blazer over a teal top and a dark beaded necklace. She is smiling slightly and looking towards the camera.

Der Klimagipfel in Paris

BUNDESUMWELTMINISTERIN
HENDRICKS SKIZZIERT, WIE SICH
DEUTSCHLAND ALS VORBILD
IN SACHEN KLIMASCHUTZ
PRÄSENTIEREN WILL

KOMPETENT. ERFAHREN. FAIR.

Wir expandieren weiter.

Mit dem Bau neuer, attraktiver Stationen und der Integration bestehender Tankstellen vergrößern wir stetig unser Tankstellennetz. Unsere gut positionierte Marke HEM setzt auf ein modernes Shop- und Bistrokonzept sowie innovative Programme zur Kundengewinnung und -bindung. Wir sind ständig auf der Suche nach attraktiven Standorten zum Bau neuer HEM Tankstellen. Sie verfügen über ein Grundstück an einer stark frequentierten Straße mit einer Größe von mindestens 2000 qm? Sie sind Eigentümer einer eigenen Tankstelle und suchen einen leistungsstarken Partner? Dann freuen wir uns auf ein Gespräch mit Ihnen.

Die dynamische Marke im Tankstellenmarkt:

HEM eine Marke der Deutsche Tamoil GmbH, Alsterufer 5, 20354 Hamburg
Ansprechpartner: Rolf Kerkhof
Telefon: +49 40524744-101
E-Mail: tsprojekte@tamoil.de



HIER STIMMT DER KURS.

BGH-Urteil schadet der Branche



Udo Weber,
Vorstandsvorsitzender von
UNITI Bundesverband
mittelständischer Mineralöl-
unternehmen e.V.

**IHRE
MEINUNG
IST UNS
WICHTIG!**

SCHREIBEN SIE UNS

Ob Kritik, Anregung oder
Themenidee – wir haben ein
offenes Ohr für Sie. E-Mail an
dialog@uniti.de



Erfahren Sie mehr über UNITI.
Um das Internetvideo auf Ihrem Handy oder
Tablet anschauen zu können, benötigen Sie
eine QR-Reader-Applikation. Scannen Sie das
oben stehende Symbol mit Ihrer Handy-
kamera und es öffnet sich automatisch der
Multimedia-Inhalt.

Das Widerrufsrecht des Käufers ist ein Eckpfeiler des Verbraucherschutzes. Bei vielen Geschäften des sogenannten Fernabsatzes hat es Sinn. Wer per Telefon, online oder aus dem Katalog bestellt, kann die Ware erst testen, wenn sie angekommen ist. Ohne Widerrufsrecht müsste er das drückende Paar Schuhe bezahlen, das er vorher nicht anprobieren konnte. Doch das aktuelle Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH), nach dem auch Heizölkunden ihre Order widerrufen dürfen, ist kein Verbraucherschutz. Ganz im Gegenteil.

Heizöl ist laut BGH jetzt wie DVDs oder Turnschuhe zu behandeln. Jede per Telefon, Fax oder per E-Mail aufgebene Bestellung kann, wie beim Fernabsatz üblich, formal bis 14 Tage nach Lieferung storniert werden. Und die Kunden kaufen seit Jahrzehnten zu 95 Prozent per Telefon, meist einhergehend mit einem Beratungsgespräch. Oberflächlich gesehen scheint sich das Urteil für den Kunden zu lohnen, darf er doch selbst am Tag der Ausfuhr seinen Lieferanten wieder fortschicken und neu bestellen. Das wird er wohl auch tun, wenn Heizöl zwischen Bestellung und Betankung deutlich billiger geworden ist. An der Qualität des DIN-genormten Produkts kann es jedenfalls nicht liegen.

Kernproblem ist, dass sich das Heizölgeschäft grundlegend vom klassischen Fernabsatz von Konsumartikeln

unterscheidet. Wer zum Beispiel 100.000 Paar Schuhe kauft, hat einen festen Einstandspreis. Wenn er sie dann im Internet vertreibt, kann er eine Rückgabequote in seiner Preisbildung berücksichtigen und so seinen Endkundenpreis ermitteln.

Das bleibt Mineralölhändlern verwehrt. Ihre Ware unterliegt ständigen Preisschwankungen. Kommt eine Bestellung rein, ordern sie exakt diese Menge beim Großhändler, bis zur Ausfuhr vergehen oft Wochen. Storniert der Kunde zwischenzeitlich, weil der Preis gesunken ist, bleibt der Händler auf der Ware sitzen – denn ein Widerrufsrecht gegenüber dem Großhändler gibt's nicht. So verschiebt sich das Risiko komplett auf unsere Branche. Dabei weist der Heizölhandel aufgrund des intensiven Wettbewerbs im Endkundengeschäft naturgemäß eine relativ schlanke Kostenstruktur auf. Eine solide wirtschaftliche Angebotskalkulation ist für den Handel nun nahezu unmöglich.

Wie er damit umgeht, ist nicht absehbar. Risikoaufschläge sind denkbar, Betriebspleiten absehbar. Von der derzeitigen Lieferantenvielfalt wird der Kunde künftig nicht mehr profitieren können, bleibt es bei dieser Rechtslage.

Das Urteil, das dem Verbraucher dienlich sein sollte, wird sich letztlich nachteilig für ihn und die Branche auswirken. Heizöl ist eben kein Turnschuh. ■



6

Schwerpunkt

UN-Weltklimakonferenz

Deutschland fährt mit ambitionierten Zielen im Gepäck nach Paris – hinkt den eigenen Ansprüchen aber hinterher.

12
Existenzbedrohung
Ein aktuelles BGH-Urteil zum Widerrufsrecht könnte viele Mineralölhändler in die Pleite treiben.



16
Schlechte Noten
Die Akzeptanz für die Energiewende ist gering. Hauptgrund dafür: Die mangelhafte politische Führung des Mammutprojekts.

5 .	Hingeguckt	„The Refinery“	Szenebar in Singapur huldigt dem Öl
6 .	Schwerpunkt I	UN-Weltklimakonferenz in Paris	Worauf es in Paris ankommen wird
9 .	Schwerpunkt II	Interview mit Dr. Barbara Hendricks	„Wir müssen Vorreiter sein“
12 .	Zur Sache	BGH-Urteil zum Widerrufsrecht	Risiko für den Ölhandel und den Verbraucher
15 .	Klartext	Die Energie-Kolumne	Henning Krumrey über die kalte Enteignung
16 .	Zur Sache	Energiewende ohne Akzeptanz	Wie die Politik bei der Begleitung versagt
20 .	Kompakt	Kommune plant Ladesäulen zu günstig	Neues aus der Welt der Energie
22 .	Porträt	Tradition seit 100 Jahren	Zu Besuch bei der Oest-Gruppe im Schwarzwald
24 .	Zur Sache	Ungelöste Speicherprobleme	Umweltschutz in der Sackgasse?
26 .	60 Sekunden über ...	den Energiemix in Deutschland	2040: Öl und Gas bleiben wichtige Energieträger

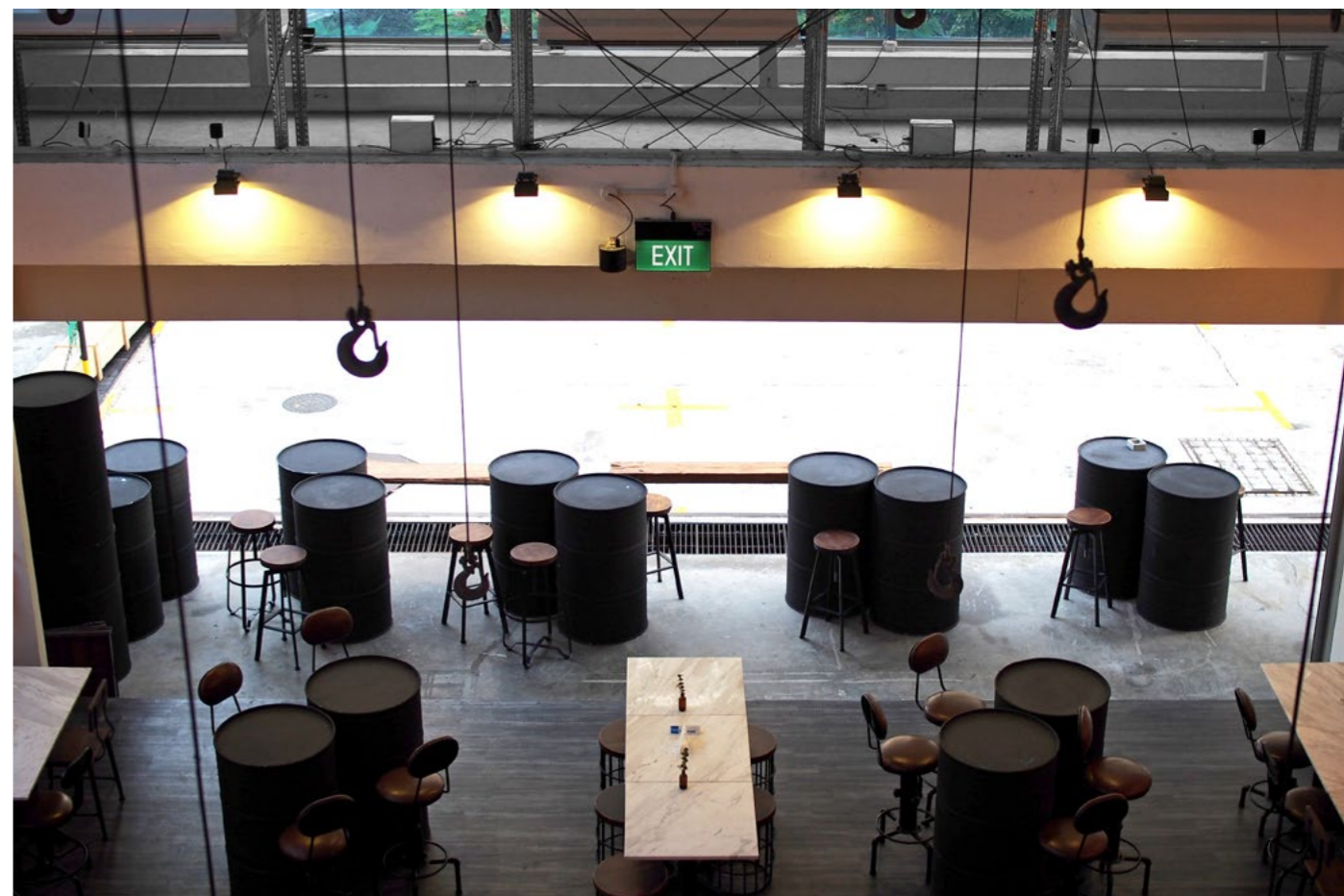
IMPRESSUM

HERAUSGEBER UNITEI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V., Jägerstraße 6, 10117 Berlin, Elmar Kühn (V. i. S. d. P.) CHEF VOM DIENST Tobias Bott
 CHEFREDAKTEUR Florian Flicke REDAKTIONSLEITUNG Axel vom Schemm REDAKTION Frank Burger, Henning Krumrey, Jochen Lotzow, Florian Sievers, Andreas Spiegelhauer
 ART DIREKTION Periodical.de BILDREDAKTION Karin Aneser VERLAG UND REDAKTIONSANSCHRIFT corps. Corporate Publishing Services GmbH, ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt, Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211/54227-700, Fax 0211/54227-722, www.corps-verlag.de VERLAGSGESCHÄFTS-FÜHRUNG Andrea Wasmuth (Vorsitzende), Thorsten Giersch, Holger Löwe OBJEKTLEITUNG Philipp Werthmüller ANZEIGENLEITUNG Tobias Bott, Tel. 030/755414-416
 DRUCK Strube Druck & Medien OHG, 34587 Felsberg LITHO TiMe GmbH ADRESSÄNDERUNGEN Tobias Bott, Tel. 030/755414-416, Fax 030/755414-366 ISSN 2195-4445
 Der Inhalt der Beiträge gibt nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Änderungen behalten wir uns vor.

„The Refinery“



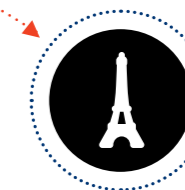
Wie unterschiedlich der Blick auf die Welt sein kann, merkt man immer dann, wenn man sie bereist. Europa will das Zeitalter der Dekarbonisierung einläuten und alles Fossile am liebsten auf den Index stellen. Selbst das klimaschädliche Olivenöl wäre fast geschasst worden. Dass noch immer offene Karaffen auf den Tischen in den Restaurants zwischen Oslo und Athen stehen dürfen, ist auch nur dem öffentlichen Protest zu verdanken. Die EU-Kommission musste ihr Verbot, das Gäste vor minderwertigem Öl schützen sollte, kippen. In Singapur in Südostasien ticken die Uhren offenbar anders, was den Blick aufs Öl angeht. Rund 14.000 Kilometer von Brüssel entfernt, ist das schwarze Gold weiterhin schwer angesagt. Wer sich im Insel-Stadtstaat in die King George’s Avenue begibt, kann sich in einer beliebten Szenebar selbst überzeugen: Die Betreiber haben eine im wahrsten Wortsinn raffinierte Möblierung gewählt. Statt an 08/15-Tischen nehmen die Gäste an Ölfässern in Barrel-Größe Platz. Und können unter 23 Biersorten auswählen, die aus 23 verschiedenen Zapfhähnen fließen. Ein Ort mit solch hohem Abfüllpotenzial braucht einen passenden Namen. Die Bar heißt „The Refinery“. (avs)



Fotos: plainpicture/Lubitz + Damer, plainpicture/Lumi Images

Foto: therefinery.sg

ICH PACKE MEINEN KOFFER ...



PARIS
Ist die Klimakonferenz eine der letzten Chancen, die Erderwärmung zu begrenzen?

TEXT Florian Sievers

Seit Ende November treffen sich Vertreter von 195 Staaten zur UN-Klimakonferenz in Paris. Die Bundesregierung hat ihre ambitionierten nationalen Klimaziele im Gepäck. In der Praxis hinkt Deutschland den eigenen Ansprüchen allerdings deutlich hinterher.

Der Papst fand klare Worte. Seine im Frühjahr veröffentlichte Enzyklika „Laudato Si“ („Gelobt seiest du“) prangert auf 220 Seiten unter anderem die Zerstörung der Umwelt und die Konsequenzen des zunehmenden Klimawandels an. **Die Erwärmung der Erde, mahnt Papst Franziskus, werde durch den „enormen Konsum einiger reicher Länder“ verursacht.** Mit der Enzyklika widmet zum ersten Mal ein Oberhaupt der katholischen Kirche ein solches Rundschreiben an alle Gläubigen ausschließlich dem Thema Umwelt. „Ich lade dringlich zu einem neuen Dialog ein über die Art und Weise, wie wir die Zukunft unseres Planeten gestalten“, schreibt Franziskus am Anfang des Textes.

Diese Einladung sollte nach dem Willen des Papstes vor allem seit Ende November in Paris gehört werden. Dort

treffen sich derzeit Vertreter von 195 Staaten zur 21. UN-Klimakonferenz. An der Zusammenkunft hängen weltweit hohe Erwartungen: Experten betrachten es als eine der letzten Chancen, die globale Erwärmung auf zwei Grad Celsius im Vergleich zu den Durchschnittstemperaturen zu Beginn der Industrialisierung zu begrenzen. Paris soll einen Neustart für die gesamte Klimapolitik markieren und einen Nachfolger für das Kyoto-Protokoll hervorbringen. **Dieses bislang einzige völkerrechtlich verbindliche Instrument zum Klimaschutz war schon 2012 ausgelaufen, die beteiligten Staaten hatten es lediglich verlängert. Spätestens 2020 muss nun ein Nachfolger in Kraft sein.** Schon bei der letzten UN-Klimakonferenz vor einem Jahr in der peruanischen Hauptstadt Lima hatten Unterhändler versucht, sich auf die Grundzüge eines neuen Abkommens zu einigen. Am Ende blieben, ähnlich wie bei Bertolt Brecht nicht alle, aber doch viele Fragen offen (siehe Kasten auf Seite 10).

Deutschland hat sich im Vorfeld der UN-Klimakonferenz als Vorreiter in Sachen Klimaschutz positioniert. So hat Bundeskanzlerin Angela Merkel beim G7-Gipfel im deutschen Elmau mit dafür gesorgt, dass die größten Industrienationen der Welt bis zum Ende des 21. Jahrhunderts auf fossile Energieträger verzichten wollen. Schon vorher hatten Vertreter der Bundesregierung beim Petersberger Klimadialog, dem informellen Treffen von Ministern aus 35 Industrie- und Schwellenländern, erneut ihre ambitionierten Ziele bestätigt: Bereits bis 2020 will Deutschland seinen Ausstoß von klimaschädlichen Gasen um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 senken.

Klare Worte des Papstes zum Umweltschutz

Icon made by Freepik from www.flaticon.com

Foto: plänpicture/Lubitz + Dörner



GIPFELTREFFEN

Da bleibt US-Präsident Obama fast die Luft weg: China will ab 2030 seine Emissionen zurückfahren – wird sie bis dahin aber verdoppeln. Währenddessen wirbt Kanzlerin Merkel mit ruhiger Hand für die deutsche Energiewende.



Dafür wollen die Klimaschützer in der Regierung unter anderem **den Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch in den kommenden zehn Jahren auf 40 bis 45 Prozent steigern**. Es sollen mehr Menschen Fahrrad, Elektro- oder Hybridautos fahren und mehr Güter auf Zügen durch das Land rollen. Zudem sollen intelligente Steuerungssysteme etwa bei der Strom- und Wärmeproduktion sowie bessere Wärmedämmung bei Wohnhäusern die Energieeffizienz erhöhen. „Deutschland nähert sich seinen Zielen für 2020“, sagt Andreas Kuhlmann, neuer Geschäftsführer der halbstaatlichen Deutschen Energie-Agentur (dena). „Natürlich ist noch einiges zu tun, insbesondere in den Bereichen Wärme und Verkehr. Richtig spannend wird es aber langfristig. Dagegen sind die Aufgaben bis 2020 eine Kleinigkeit.“

Keine konkreten Entscheidungen Wohlklingende Pläne, hochtrabende Zielvorgaben. In der Praxis allerdings hinkt Deutschland bislang hinterher. So hat Angela Merkel zwar beim G7-Gipfel die komplette Abkehr von fossilen Energie-

Weniger Emissionen – weil der Winter mild war

Steuerliche Förderung wieder einmal gestoppt

trägern bis zum Ende des Jahrhunderts in die Debatte eingebracht – aber dieser Ankündigung sind bislang keine Entscheidungen gefolgt. Die Klimaabgabe auf Kohlekraftwerke etwa, die ihr Wirtschaftsminister Gabriel noch im Sommer geplant hatte, ließ sie auf Druck von Gewerkschaften, Industrie sowie Teilen der Regierung bei einem Energiegipfel im Kanzleramt unter den Tisch fallen. „Merkel kann nicht auf internationaler Bühne versprechen, was sie zu Hause nicht hält“, kritisiert Martin Kaiser, Leiter der internationalen Klimapolitik bei Greenpeace. Wenn Deutschland weiter auf Kohlekraftwerke setze, werde es kaum seine Zielvorgaben erreichen.

In der Vergangenheit stießen die Fabriken und Wohnhäuser, Autos und Flugzeuge hierzulande statt immer weniger eher immer mehr Kohlendioxid aus – trotz des Ausbaus von Wind- und Solarenergie. Der Grund: Die Wirtschaft brummt, viele Anlagen zur Strom- oder Wärmeproduktion sind zudem veraltet und nicht zuletzt schlossen Kohle- und Gaskraftwerke die Lücke, die nach dem kurzfristigen Abschalten von acht Atomkraftwerken entstanden war. **2014 sanken die Emissionen erstmals seit drei Jahren wieder. Hauptgrund war aber der milde Winter.** Unterm Strich sah es lange so aus, als würde die Bundesregierung ihre ehrgeizigen Ziele bis 2020 verfehlen.

Dieses Loch wollen Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und Wirtschaftsminister Gabriel mit ihrem „Aktionsprogramm Klimaschutz“ sowie dem „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz“ (NAPE) stopfen – zumindest versuchen sie dies. Ihre beiden Maßnahmenkataloge sollen bis 2020 zwischen 62 und 78 Millionen Tonnen Treibhausgase zusätzlich einsparen. **Fast die Hälfte davon kommt den Planungen zufolge über bessere Wärmedämmungen und energetische Sanierungen von Gebäuden zusammen. Allerdings: Momentan wird gerade mal ein Prozent des deutschen Gebäudebestands pro Jahr saniert** – viel zu wenig, um die ambitionierten Vorgaben einzuhalten. Erst im Frühjahr wurde auf Länderebene ein Gesetz gestoppt, das die steuerliche Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen vorsah – viele hatten darin den Schlüssel zur Erhöhung der Sanierungsquote gesehen. Wohl zu Recht: Denn →

Icon made by Freepik from www.flaticon.com, Fotos: Bullis / Caters UK, Stephen Shaver/United Press International /eyevine/ddp images, Sean Gallup/Getty Images

INTERVIEW



Bundesumweltministerin **Barbara Hendricks (SPD)** über deutsche Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel, die daraus resultierenden Belastungen – und ihre Erwartungen an die UN-Klimaschutzkonferenz in Paris.

Bundesumweltministerin **Barbara Hendricks**

„WIR MÜSSEN VORREITER SEIN“

? Frau Hendricks, warum will die Bundesregierung in Paris Deutschland als globales Vorbild in Sachen Klimaschutz präsentieren? — Große Industrienationen wie Deutschland müssen beim Klimaschutz Vorreiter sein. Unsere Energiewende und unsere konkreten Klimaschutzmaßnahmen und Aktionsprogramme werden international genau verfolgt. Damit können wir zeigen, dass Klimaschutz auch wirtschaftlich funktioniert – und so andere dazu ermutigen, sich ebenfalls auf diesen Weg zu begeben.

? Wie wichtig ist ein einheitliches Vorgehen der EU in Paris – vor allem angesichts der aktuellen Herausforderungen, von der EU-Finanzkrise bis zur Flüchtlingsproblematik? — Als EU sind wir vor allem dann stark, wenn wir gemeinsam vorgehen. Deshalb war es wichtig, dass die europäischen Umweltminister ein ambitioniertes Verhandlungsmandat festgezurret haben. Das ist unabhängig von anderen Herausforderungen wie der Finanzkrise oder der Flüchtlingsproblematik. Aber natürlich ist Klimaschutz ein Kernbestandteil von nachhaltiger Entwicklung. Deshalb haben wir beim UN-Nachhaltigkeitsgipfel die 2030-Agenda verabschiedet.

? Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung dafür umsetzen? — Einer der wichtigsten Bereiche ist die Energieeffizienz, besonders die des Gebäudebestands. Wir brauchen eine Gesamtstrategie für klimafreundliches Bauen und Wohnen, die auch die energetische Quartiers- und Stadtentwicklung be-

rücksichtigt – und die Bezahlbarkeit von Wohnraum im Blick behält. Im Bereich Verkehr kommt es darauf an, Fahrzeuge effizienter zu machen, auch im Güterverkehr. Außerdem müssen wir den öffentlichen Verkehr und den Schienenverkehr stärken und den Anteil der Elektromobile hierzulande erhöhen.

? Was gehört noch dazu? — Wichtig ist auch eine Reform der Düngeverordnung. Denn die Landwirtschaft setzt beim Düngen größere Mengen klimaschädlicher Gase frei. Wir bringen den langfristigen Wandel hin zu den erneuerbaren Energien voran. Wichtig ist auch, dass wir den Emissionshandel wieder zu einem effektiven Klimaschutzinstrument machen.

? Unter dem Strich kommen so einige Belastungen auf Energiewirtschaft, Industrie, Landwirtschaft und Verkehr hierzulande zu. Sind diese gleichmäßig verteilt? — Darauf achten wir. Die Energiewirtschaft trägt mit etwa 40 Prozent zum Kohlendioxidausstoß in Deutschland bei. Wir erwarten von ihr, dass sie 22 Millionen Tonnen Kohlendioxid zusätzlich einspart. Das ist sogar im Verhältnis zu dem, was wir insgesamt bis 2020 erreichen wollen, unterproportional. Vom Verkehr erwarten wir zusätzlich zehn Millionen Tonnen und von der Landwirtschaft sechs bis sieben Millionen Tonnen Kohlendioxidminderung bis 2020. Im Bereich Energieeffizienz wollen wir 25 bis 30 Millionen Tonnen Minderung erzielen.

? Sie werben auch damit, dass der Klimaschutz Arbeitsplätze schafft. Können Sie beziffern, wie viele das sein werden? — Es gibt belastbare Zahlen in der Größenordnung von mehr als 200.000 Arbeitsplätzen bis 2020.

? Auf der anderen Seite zahlen wir für den Klimaschutz im Ausland schon jetzt viel Geld. Wie viel? — Deutschland ist in diesem Bereich einer der wichtigsten Geldgeber für Entwicklungs- und Schwellenländer. Im Jahr 2014 haben wir dafür rund zwei Milliarden Euro aus Haushaltsmitteln bezahlt – 2005 waren es noch knapp 500 Millionen Euro. Diese Mittel landen in der Entwicklungszusammenarbeit sowie in gemeinsamen Maßnahmen zum Klimaschutz, etwa Projekten zur Wiederaufforstung.

? Was erwarten Sie also, angesichts all dieser Maßnahmen im Gepäck, in Paris? — Ich bin optimistisch. Anders als noch vor einigen Jahren bewegen sich inzwischen auch China und die USA beim Klimaschutz. Diese beiden Staaten werden andere Ländergruppen mitziehen. Mit Brasilien haben wir eine gemeinsame Erklärung verabschiedet. Mit vielen Staaten sind wir in intensiven Gesprächen. Ich bin überzeugt, die Konferenz von Paris wird ein Erfolg für das Weltklima. ■

Foto: dts Nachrichtenagentur

DIE WICHTIGSTEN BESCHLÜSSE VON LIMA – UND WAS DAVON ÜBRIG BLIEB



UN-KLIMAKONFERENZ IN LIMA 2014

- 1 Der Schwerpunkt der Konferenz lag auf dem Vorbereiten eines neuen Klimaschutzabkommens, das dieses Jahr in Paris beschlossen werden soll. Und tatsächlich enthält das Schlussdokument aus Lima Grundzüge einer neuen Übereinkunft. Allerdings blieb die wichtige Frage, welche Rechtsform ein neues Protokoll haben soll, unbeantwortet.
- 2 Eine wichtige Neuerung in Lima waren weitere Fortschritte, um die Trennung zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern zu überwinden und erstmals alle Staaten einzubinden. Künftig müssen nicht mehr nur die Industriestaaten, sondern alle Nationen ihren Treibhausgasausstoß begrenzen, abgestuft nach Wohlstand, Fähigkeiten, Emissionsniveau und historischen Emissionen.
- 3 Zwar sollen künftig die Teilnehmerstaaten nationale Klimaschutzpläne aufstellen – und zwar alle 195. Das ist eine wichtige Neuerung. Jedoch lassen sich diese Pläne nur schwer miteinander vergleichen, weil einige von ihnen mit unterschiedlichen Zeiträumen und Vergleichsgrößen hantieren. Zudem müssen die Nationen keine konkreten Maßnahmen benennen, sondern nur ihre Ziele aufführen. Und nicht mal das haben einige Staaten bislang geschafft.
- 4 Ein weiteres Problem: Die Konferenzteilnehmer konnten sich in Lima nicht auf internationale Kontrollen beim Umsetzen ihrer Klimaschutzziele einigen. Und ohne Kontrollen werden viele der freiwilligen Zusagen wohl schnell vergessen sein.
- 5 Zahlreiche Länder haben Finanzmittel für den 2010 eingerichteten Green Climate Fund zugesagt. Der UN-Fonds soll weltweit unter anderem Projekte zum Anpassen an den Klimawandel und zum Schutz gegen Naturkatastrophen finanzieren. Bislang ist dafür allerdings viel zu wenig Geld im Topf. Bis 2020 soll jährlich die Riesensumme von 100 Milliarden US-Dollar zusammenkommen. Und es ist umstritten, ob sie für die anstehende Mammutaufgabe überhaupt reichen wird.



„Deutschland nähert sich seinen Zielen für 2020.“

Andreas Kuhlmann, neuer dena-Geschäftsführer

zum einen ist der Bedarf immens, mehr als drei Viertel der deutschen Heizungsanlagen gelten laut Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie (BDH) als veraltet. Und minimalinvasive Modernisierungen wie etwa der Austausch eines alten Öl-Heizkessels gegen ein modernes Öl-Brennwertgerät kombiniert mit erneuerbaren Energien, kosten vergleichsweise wenig, steigern aber die Effizienz enorm. Doch der gewünschte Investitionsimpuls, den viele in dem Gesetz sahen, wurde vorerst gebremst.

Weitere Einsparpotenziale sieht die Bundesregierung bei sparsameren Haushaltsgeräten sowie in der Landwirtschaft, für die strengere Düngeregelungen gelten sollen. Zudem wollen die Spitzenverbände der deutschen Industrie über sogenannte Effizienznetzwerke aus jeweils fünf bis 15 Unternehmen bis 2020 freiwillig Emissionen sparen. Es ist ein Sammelsurium aus Dutzenden von Einzelmaßnahmen, mit dem die Bundesregierung ihrem Ruf gerecht werden will. Immerhin scheint die breit gestreute Beteiligung in die richtige Richtung zu zielen. „Die Klimaziele sind nur in einer konzertierten Aktion zu erreichen, die alle volkswirtschaftlichen Sektoren einbezieht“, hatte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schon vor einem Jahr anlässlich einer Untersuchung der deutschen Emissionen gemahnt.

Industrieländer sollen voranschreiten
Die Bundesregierung muss sich also ins

Zeug legen, wenn sie beim Klimagipfel weiter als Musterschüler auftreten will. Und trotzdem könnte die Konferenz scheitern, denn die anderen Nationen sind sich alles andere als einig. „Paris muss ein Erfolg werden“, beschwört denn auch der EU-Klimakommissar Miguel Arias Cañete. Immerhin haben sich die EU-Umweltminister im Vorfeld schon mal auf gemeinsame Positionen geeinigt (siehe Interview mit Bundesumweltministerin Barbara Hendricks). Sie wollen anbieten, ihre Emissionen zurückzufahren, die Klimaziele ab 2025 alle fünf Jahre zu überprüfen und die ärmsten Länder mit mehr Geld in deren Kampf gegen die Folgen des Klimawandels zu unterstützen. „Das reicht noch nicht, wenn man die große historische Verantwortung sowie die wirtschaftlichen und technischen Fähigkeiten der EU-Länder in Betracht zieht“, sagt die Klimaexpertin Ann-Kathrin Schneider vom BUND. „Diese Länder müssen voranschreiten, damit die anderen nachziehen“, fordert sie.

Nachziehen müssen aber auch China und die USA, die zusammen für satte 40 Prozent der Emissionen weltweit verantwortlich sind. Bislang haben sich die beiden Giganten noch vor allem gegenseitig ausgebremst. Mittlerweile aber bewegen sie sich. So hat US-Präsident Barack Obama kürzlich angekündigt, die nationalen Emissionen bis 2030 um 32 Prozent zurückzufahren – allerdings unter das ohnehin schon hohe Niveau von 2005, nicht unter das von 1990 wie Deutschland. Obama betonte, sein „Clean Power Plan“ sei der „größte, bedeutendste Schritt, den wir jemals gegen den Klimawandel unternommen haben“. Das ist kein Wunder, denn vorher hatten die USA wenig bis nichts getan.

China bestand noch vor kurzem darauf, sich bei den UN-Konferenzen als Schwellenland einordnen zu lassen. Diese Länder mussten bislang nur freiwillig klimaschädliche Gase einsparen. Dabei ist das Land mittlerweile der größte Emittent der Welt – und das nicht nur wegen seiner schieren Größe. Selbst der Pro-Kopf-Ausstoß, mit dem sich der individuelle Wohlstand messen lässt, rangiert inzwischen auf dem Niveau vieler Industriestaaten. Jüngst aber hat Staatschef Xi Jinping angekündigt, mit 3,1 Milliarden US-Dollar erstmals arme Länder im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels zu unterstützen und ab 2017 sogar einen nationalen Emissionshandel aufzuziehen. Vor allem aber will China ab 2030 seine Emissionen zurückfahren. Das bedeutet unterm Strich zwar, dass die Chinesen ihren Ausstoß bis in 15 Jahren noch verdoppeln werden und dann für mehr als die Hälfte der derzeitigen globalen Emissionen verantwortlich sind. Aber immerhin, China bewegt sich. Und mit dem Papst, dem US-Präsidenten, Chinas Staatspräsidenten sowie der deutschen Bundeskanzlerin arbeiten jetzt drei der einflussreichsten Männer und eine der mächtigsten Frauen der Welt daran, dass die Konferenz in Paris nicht scheitert. ■

Selbst China bewegt sich – aber wohl erst ab 2030



BUNDESVERBAND UNITI: FÜR DEN DREIKLANG

Der menschliche Einfluss auf die globale Umwelt ist nicht abzustreiten. Klar ist auch, dass sich die Menschheit darum kümmern muss. Das „Kümmern“ heißt in Deutschland Energiewende. Für deren Umsetzung verwenden Politiker gern eine Metapher aus der Musik. Der Umbau der Energieversorgung, so heißt es häufig, müsse ein Dreiklang sein: aus Umweltschutz, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit.

Dieser Grundsatz ist gut. Denn nur damit können breite Akzeptanz in der Bevölkerung und Vorbildfunktion für bislang zögerliche Nationen erreicht werden. Versorgungssicherheit verschafft einer heimischen Wirtschaft einen Standortvorteil im internationalen Wettbewerb. Für private Verbraucher ist sie Teil einer hohen Lebensqualität. Ein frostiger Wintertag, an dem es an Brennstoffen mangelt? Dieses Schreckensszenario ist in Deutschland aufgrund der etablierten Versorgungsstrukturen in Vergessenheit geraten – und so soll es auch bleiben.

Sicher ist: Der Energieträgermix in Deutschland wird in den kommenden 50 Jahren breiter. Mehrere Standbeine bieten beste Versorgungssicherheit. Angebotsvielfalt ist zudem Grundlage für Markt, Wettbewerb und Kundenorientierung. Wenn dieser Energieträgermix dann möglichst effizient genutzt wird und dazu optimale Rahmenbedingungen vorliegen, lässt sich Umwelt- und Ressourcenschonung sehr gut mit Wirtschaftlichkeit erreichen. Das hieße: Dreiklang umgesetzt.

Wie komplex das aber teilweise in der Praxis ist, zeigten zuletzt Diskussionen um die Klimaabgabe für alte Kraftwerke. Ambitionierte energiepolitische Strategien trafen auf Alltagsorgen vieler Menschen – mit bekanntem Ausgang. Es kommt beim erklärten Dreiklang also auch darauf an, mögliche Auswirkungen strategischer Entscheidungen sorgfältig abzuschätzen. Dazu ist der permanente Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und Verbrauchern extrem wichtig. „Branchenübergreifende Verbändeplattformen wie die Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz oder die BDI-Initiative Energieeffiziente Gebäude sind hier ideale Partner für die Politik. Dies hat sich in Deutschland insgesamt sehr positiv entwickelt“, sagt UNITI-Wärmemarktexperte Dirk Arne Kührt.

UNITI vertritt 1.500 mittelständische Energiehändler, die täglich Millionen Kunden mit Kraftstoffen, Heizöl, Pellets, Gas, Strom oder Stückholz versorgen, Energiedienstleistungen anbieten und zu Energieeffizienz beraten.

Fotos: Cris Bouroncle/AFP/Getty Images, dena

Warum Heizöl kein Turnschuh ist

TEXT Jochen Lotzow

Laut Bundesgerichtshof dürfen Verbraucher ihre per Telefon, Fax oder E-Mail übermittelte Heizölbestellung widerrufen, wie es bei anderen Fernabsatzverträgen auch gilt. Die Händler, die fast alle Bestellungen telefonisch annehmen, müssen somit ab sofort auch das Risiko ihrer Kunden mittragen. Das überfordert viele Anbieter, einige werden aufgeben, bleibt es bei dieser Regelung. So schwindet die Vielfalt im Markt, von der die Verbraucher bislang profitieren konnten.

Meist erst, wenn ein Kunde bestellt, ordert der Heizölhändler exakt diese Menge beim Großhändler oder bei der Raffinerie. Ein Rückgaberecht hat der Heizölhändler nicht.



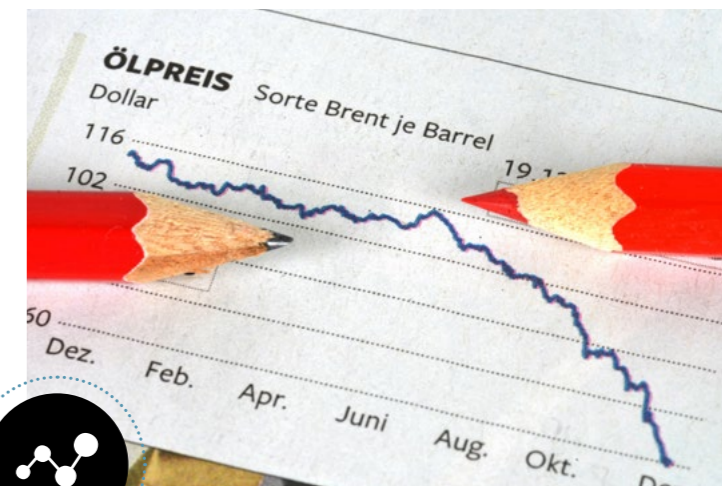
Icons made by Freepik from www.flaticon.com

Foto: imago/Schöning

Einkaufen im Internet ist leicht: Ein paar Klicks, und ein, zwei Tage später bringt der Paketbote die Jeans oder die Turnschuhe. Die Hose ist zu kurz, die Turnschuhe sind zu eng? Egal, schickt man die Sachen eben zurück. Das Widerrufsrecht garantiert den Kunden, dass sie innerhalb von 14 Tagen nach Lieferung ohne Begründung vom Kaufvertrag zurücktreten können, wenn sie per Internet, Telefon, Brief oder Fax bestellt haben. Kein Problem für die Händler: Sie verkaufen die retournierten Waren dann einfach zum gleichen Preis an andere Kunden – und können bestimmte Rücksendequoten von vornherein einpreisen, da sie einen festen Einstandspreis hatten.

Im Heizölgeschäft ist das grundlegend anders. Erst, wenn ein Kunde bestellt, ordert der Heizölhändler exakt diese Menge beim Großhändler oder bei der Raffinerie. Ein Rückgaberecht hat der Heizölhändler hier nicht. Dennoch soll das Widerrufsrecht nun auch bei den Bestellungen von Heizöl gelten, entschied der Bundesgerichtshof (BGH). Wer Nachschub für seinen Öltank angefordert hat, darf den Auftrag jetzt nachträglich stornieren. „Das Widerrufsrecht erlischt erst, wenn der erste Tropfen Heizöl in den Tank fließt“, sagt Rechtsanwalt Jens Ferner aus Alsdorf bei Aachen. Der BGH-Entscheid überraschte, untergeordnete Gerichte hatten bislang fast immer gegenteilig entschieden.

Denn anders als etwa Kleidung oder Fotoapparate unterliegt Heizöl permanenten, unvorhersehbaren Preisschwankungen, denen der Händler ausgesetzt ist. Die sind unter anderem bedingt durch das Verhältnis Euro zu Dollar, Rohölnotierungen an den internationalen Börsen oder politische Entwicklungen. Wenn nun Kunden ihre Bestellung widerrufen, weil der Preis nach der Bestellung gefallen ist, ist ein Schaden für den Händler entstanden, da er den Brennstoff, wie beschrieben, just in time beim Großhändler oder bei der Raffinerie kauft – zu dem Preis, der am Tag der Order gilt. Und auf dem zuvor teurer eingekauften Heizöl bleibt der Händler sitzen. Damit kann er zwar andere Kunden beliefern – jedoch nur zum dann gültigen niedrigeren Preis. Seit das Urteil in Kraft ist, droht den Händlern somit bei jeder Bestellung ein Verlust. Sinkt der Heizölpreis nach Auftragseingang beispielsweise



Der Blick des Händlers

Der Mineralölhändler hat keinen Einfluss auf den Heizölpreis, zu dem er einkauft. Dieser wird von vielen Faktoren beeinflusst. Wechselkurseffekte an den Energiebörsen sind ein Beispiel dafür – denn Rohöl wird dort immer in Dollar gehandelt.

Keine Sonderregel mehr für Heizöl

um fünf Cent, entsteht ihnen bei einer Stornierung von 2.000 Litern ein Minus von 100 Euro. „Die Entscheidung nimmt den Händlern die Kalkulationsbasis. Ich halte den Entscheid des BGH daher für falsch. Und das sage ich, obwohl ich häufig Verbraucher vertrete“, sagt Rechtsanwalt Ferner.

Nicht berücksichtigt wird zudem der große logistische Aufwand. Denn anders als die von Amazon, Zalando und Co. beauftragten Paketboten erfüllen Heizölhändler beim Transport besonders hohe Sicherheitsstandards, die entsprechende Kosten verursachen. Verweigert der Kunde in letzter Sekunde die Abnahme, bleiben die Händler auch auf diesen Ausgaben sitzen.

Die rechtliche Gleichsetzung von Kleidung und ähnlichen Produkten auf der einen und Heizöl auf der anderen Seite verbietet sich aber noch aus einem weiteren Grund. Denn ob ein Schuh oder ein Rock gefällt, lässt sich oft erst nach

der Anprobe sagen. Heizöl dagegen ist nach der DIN genormt, die Kunden bekommen also bei allen Händlern und immer das gleiche Produkt. Ein nachträgliches „Gefällt mir nicht“ ist hier also ausgeschlossen. Außerdem funktioniert der Heizölhandel bereits seit Jahrzehnten über das Telefon, die Kunden kennen das. Daher fällt auch die besondere juristische Schutzwürdigkeit vor „neuartigen“ Vertriebswegen wie dem Internet weg.

Die untergeordneten Instanzen hatten die Ausnahmeregelung für Heizöl damit begründet, dass der Preis für den Brennstoff Schwankungen unterliege, auf die der Händler keinen Einfluss habe. Der Bundesgerichtshof schlug sich mit seinem Urteil überraschend einseitig auf die Seite des Verbrauchers. Da es den Kunden bei ihrer Bestellung nur darum gehe, sich selbst mit Brennstoff zu versorgen, weise der Erwerb von Heizöl durch den Verbraucher keinen „spekulativen Kern“ auf, so die Richter.

Diese Einschätzung gehe an der Realität vorbei, meint Thomas Etteldorf vom gleichnamigen Land- und Brennstoffhandel aus Metterich in der Eifel. „Unsere Kunden beweisen uns jeden Tag, dass wir es mit einem spekulativen Produkt zu tun haben“, sagt er. „In Phasen hoher Preise bestellen sie monatelang nichts, bei niedrigen Preisen füllen sie ihre Tanks mit Heizöl, das für zwei Jahre reicht. Wenn das nicht spekulativ ist!“ Der BGH zielt darauf ab, die Position des Verbrauchers zu stärken. In der Praxis wird das Urteil aber dazu führen, dass sich die Händler manch kundenfreundliches Angebot nicht mehr leisten können.

Etteldorf nennt ein Beispiel:

„Wenn ein Kunde sofort Heizöl braucht, weil sein Tank leer ist, bekommt er das bislang auch. Dafür bleibt dann eine andere Bestellung mal zwei Tage länger liegen. Wir werden uns künftig genau überlegen, ob wir dieses Risiko eingehen. Denn schließlich kann es ja passieren, dass es in diesen zwei Tagen zu einem Preiserutsch kommt, sodass der andere Kunde seinen Auftrag storniert.“

Verfassungsbeschwerde erhoben

Auch auf das Angebot, Heizöl schon Monate vor der Lieferung zum günstigen Fixpreis zu bestellen, werden viele Händler künftig verzichten. Zudem ist nicht auszuschließen, dass Händler das gestiegene Risiko bei ihrer Preisgestaltung berücksichtigen werden. Davon wären dann auch diejenigen Kunden betroffen, die ihre Bestellungen nicht widerrufen.

Die Entscheidung des BGH bürdet den Händlern also gewaltige Lasten auf. Aber nicht nur deshalb wird UNITI die betreffenden Händler bei der Wahrnehmung der Rechtsmittel intensiv begleiten. Aus einem weiteren Grund wurde bereits fristgerecht Verfassungsbeschwerde erhoben. Denn aus Sicht der vertretenden Anwälte und der Branche kam es im Verfahren zu Fehlern: So fand keine ausreichende Interessenabwägung zwischen der klagenden und der beklagten Partei durch den BGH statt; zudem hätte möglicherweise der Europäische Gerichtshof angehört werden müssen, da das Verbraucherrecht europäisches Recht und in der Europäischen Verbraucherrechte-Richtlinie verankert ist.

Unabhängig davon hat der Verband ein Rechtsgutachten bei einem



„Unsere Kunden beweisen uns jeden Tag, dass wir es mit einem spekulativen Produkt zu tun haben.“

Thomas Etteldorf,
Etteldorf Land- und Brennstoffhandel

renommierten europäischen Verbraucherrechtler in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass im Kontext der EU-Verbraucherrechte-Richtlinie, die den Rahmen für die betreffenden Passagen des BGB setzt, der nationale Gesetzgeber den Rechtsrahmen derart konkretisieren könnte, um festzulegen, dass Heizöl nicht mehr unter den Widerruf fällt. Dies wäre eine interessengerechte Risikoverteilung, die allen Beteiligten Rechts- und Planungssicherheit zurückgibt. Auch Rechtsanwalt Ferner ist überzeugt, dass die derzeitige Gesetzeslage längst nicht so eindeutig ist, wie der Spruch des BGH glauben macht.

Die Politik könnte Klarheit schaffen

„Jetzt ist die Politik gefordert, hier Klarheit zu schaffen“, sagt Ferner. Und wenn das Widerrufsrecht für Heizöl bestehen bleibt? „Dem Urteilsspruch kann der mittelständische Mineralölhandel langfristig nicht standhalten“, prophezeit Etteldorf. „Wenn die Gesetzeslage so bleibt, werden viele Händler aufgeben müssen.“ Vor allem kleinere Anbieter werden sich zurückziehen, da sie das Risiko nicht schultern können. Diese Unternehmen – oftmals regionale Familienbetriebe – prägen den Heizölhandel in Deutschland. Sie sorgen für einen intensiven Wettbewerb, der den Verbrauchern günstige Preise garantiert. Diese Vielfalt ist massiv bedroht, was sich auch in der Preisgestaltung der verbleibenden Anbieter niederschlagen dürfte. Statt den Verbraucherschutz zu stärken, bewirkt das BGH-Urteil also genau das Gegenteil: Die Auswahl schrumpft, die Preise steigen. Anders als beim Turnschuh – den kann nämlich jeder liefern. —

Die Politik kann
Klarheit schaffen

Viele Händler können dem
Urteil nicht standhalten



Foto: privat, Icon made by Freepik from www.flaticon.com

Foto: Werner Schüring/NWfO

IM WÜRGEGRIFF DES STAATES

Ausgerechnet 25 Jahre nach der Wiedervereinigung, nach dem Untergang des Unrechtsstaates DDR, kommt die kalte Enteignung wieder in Mode. Mit dem staatsstreichartigen Atomausstieg und der Verdrängung der Kohleverstromung durch die Erneuerbaren-Schwemme entwertet die Bundesregierung die Rücklagen der Nuklearunternehmen, die jene für den Rückbau der Kernkraftwerke bereithalten müssen – und könnte so gleich noch die nächste Enteignung begründen.

„Energieversorgern könnte unter dem öffentlichen Druck nichts übrig bleiben als die Übertragung der Übertragungsnetze – das wäre kalte Enteignung.“

Rund 38 Milliarden Euro betragen diese Rückstellungen. Sie liegen nicht auf einem Bankkonto, sondern sind in den Anlagen der Meilerbetreiber investiert. Sie werfen die Erträge ab, die für den Abbruch der alten AKWs und den Aufbau eines Endlagers gebraucht werden. Wahrscheinlich könnten die Stromfabriken auch versilbert werden, um das investierte Kapital zu nutzen.

Nach Fukushima schalteten die mit Regierungsmätern bewaffneten Parteivorsitzenden Angela Merkel (CDU), Guido Westerwelle (FDP) und Horst Seehofer (CSU) aus Angst vor der baden-württembergischen Landtagswahl die ersten Reaktoren ab und verfügten ein deutlich schnelleres Aus für die übrigen als vereinbart. Die eingeplanten Gewinne des „goldenen Endes“ jedes Atommeilers waren damit futsch.

Als nächsten Schritt entwertete die Politik die Kohlekraftwerke. Durch den subventionierten Boom bei den Erneuerbaren Energien und deren Vorrang im Stromnetz laufen die konventionellen Erzeuger immer selbener, werfen kaum noch Gewinne ab. Dutzende Kohlekraftwerke haben die Energieversorger bereits stillgelegt, sofern sie nicht von der Bundesnetzagentur gezwungen werden, sie als Reserve für die Zeiten der Dunkelflaute in Bereitschaft zu halten, wenn die Erneuerbaren nicht liefern können. Die Strategie der „Dekarbonisierung“ bedeutet also nichts anderes, als dass den Unternehmen die Kohle entzogen wird, die sie für den Rückbau der Kernkraftwerke brauchen.

Prompt startete eine öffentliche Debatte, ob die Rückstellungen der Konzerne unter diesen Bedingungen überhaupt ausreichen. Ohnehin seien 38 Milliarden Euro viel zu wenig. Dabei hatte sich Bundesumweltministerin Barbara Hendricks gerade erst beim Besuch im ehemaligen DDR-Kernkraftwerk Lubmin bei Greifswald zeigen lassen, wie der Rückbau einer Anlage läuft – und was das kostet. Hendricks geht von einer bis 1,2 Milliarden Euro je Meiler aus, um die Anlagen komplett zu demontieren, zu dekontaminieren und die strahlenden Reste zu verpacken. Weitere 20 Milliarden sind für den Aufbau eines Endlagers und die Einlagerung des Atommülls kalkuliert. Die Ministerin selbst hält indes die 38 Milliarden Euro weiterhin für ausreichend.

Was aber ist, wenn die investierten Rücklagen durch die Politik so weit entwertet sind, dass sie nicht mehr die erforderlichen 38 Milliarden Euro ergeben? Viel Substanz, das zeigen die Börsenkurse

der großen Kernkraftwerksbetreiber, haben sie nicht zuzusetzen. Der lukrativste Besitz – schon weil sie verlässliche Einnahmen liefern – sind die Stromnetze, die zwar gesellschaftsrechtlich von der Stromerzeugung getrennt werden mussten, in den meisten Fällen den Konzernen aber noch verbunden sind. Selbst Vattenfall, das seine Stromautobahnen tatsächlich vollständig verkauft hat, hätte noch etwas zu bieten. Die schwedische Regierung, die ihrem Staatskonzern ebenfalls den Ausstieg verordnet hat, könnte dem gleichgesinnten Deutschland ein paar Prozente der Anteile an ihrem Staatskonzern überschreiben.

Am Ende könnte den Energieversorgern unter dem öffentlichen Druck nichts übrig bleiben als die Übertragung der Übertragungsnetze – das wäre eine kalte Enteignung. Pikant: Um den für die Energiewende erforderlichen Ausbau der Stromtrassen hinzubekommen, diskutiert die Politik ohnehin schon lange den Aufbau einer staatlichen Deutschen Netzgesellschaft. Das Ergebnis wäre eine Art VEB Lange Leitung – 25 Jahre nach dem Ende der DDR. —



HENNING KRUMREY,
Jahrgang 1962, studierte Volkswirtschaft und Politikwissenschaft in Berlin und Köln und absolvierte die Kölner Journalismusschule. Seit 2009 ist Krumrey stellvertretender Chefredakteur der Wirtschaftswoche und Experte für Energiethemen.

Versetzung AKUT gefährdet

TEXT Florian Flicke

Bürger, Unternehmen und Wissenschaftler erteilen der Großen Koalition bei der Energiewende reichlich Tadel. Das Grundproblem, weshalb Projekte und Planungen stocken oder scheitern: Es fehlen vielfach die klare und nachvollziehbare Konzeption und die Abstimmung zwischen allen wichtigen Akteuren politischer Führung. Die fehlende Marktorientierung – eigentliche Ursache für das schlechte Zwischenzeugnis?

Deutschland wird seit nunmehr einer Dekade mit ruhiger Hand regiert. Damit ist das Land, unter dem Strich betrachtet, auch gut gefahren, hat als eine von wenigen Wirtschaftsnationen weltweit die Finanzkrise fast unbeschadet überstanden und erfreut sich seit Jahren eines Wirtschafts- und Job-Booms. Alles gut also? Leider nur fast.

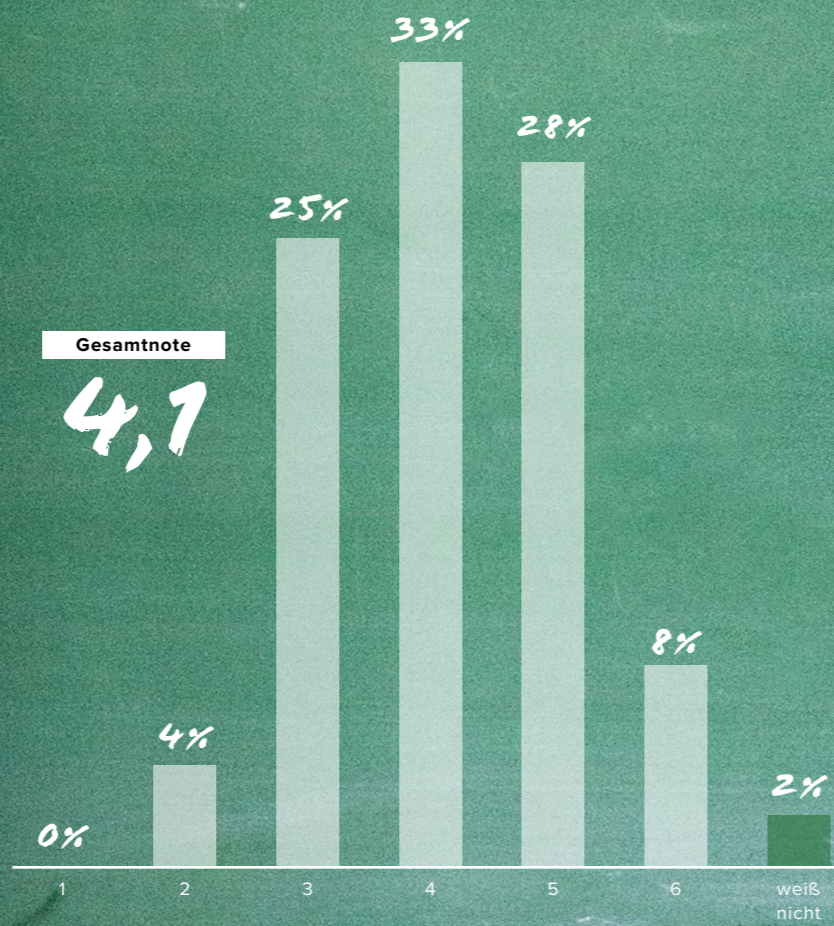
Die sonst so rational operierende Bundeskanzlerin neigt in entscheidenden Situationen zu radikalen Manövern. Die Wende in der Flüchtlingspolitik ist ein aktuelles Beispiel, der Ausstieg aus der Atomkraft ein älteres. Fast über Nacht diktierte Angela Merkel der Nation das Paket zur „beschleunigten“ Energiewende. Doch so (über-)eilig sie und ihre Regierungsmannschaft die Wende damals antreiben wollten, so unstrukturiert scheint die weitere Umsetzung in einzelnen Bereichen. Vielleicht auch, weil an vielen Stellen Politik auf Wirklichkeit trifft.

Dabei könnte alles so einfach sein: Das Gros der Bürger und Firmen unterstützt den Kurs der Regierung. Und das trotz der immensen Kosten. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) kostet die Energiewende 28 Milliarden und einen Durchschnittshaushalt 270 Euro Jahr für Jahr. Dabei sollte die Energiewende einst nach Aussagen deutscher Politiker kaum mehr als einen Cappuccino pro Kopf und Jahr kosten. „Die Energiewende ist aus Sicht der Bürger ein tolles Projekt – die Umsetzung finden sie aber nicht gelun-

Zufrieden mit der GroKo?

„AUSREICHEND“

Wie zufrieden 521 befragte Chefs mit der Energiepolitik der Bundesregierung seit Amtsantritt 2013 sind



gen“, sagt Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Umfragen geben dem Gewerkschaftsboss recht: Nach der jährlichen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Infratest im Auftrag der Welt bewerteten Ende 2014 knapp zwei Drittel der Deutschen den Ausstieg aus der Kernenergie und den Ausbau der erneuerbaren Energieträger als „gut“ oder sogar „sehr gut“. Doch weniger als einer von fünf Befragten bescheinigte der Regierung bisher ein gutes Management der Energiewende.

Ähnlich gespalten sind auch die Unternehmer: In einer Umfrage vom August 2015 geben die Mitglieder des Verbands Die Familienunternehmer – ASU e.V. der bisherigen Energiepolitik der Großen Koalition nur die Note 4. Karl Tack, Vorsitzender der energiepolitischen Kommission des Unternehmerverbands, begründet die akute Gefährdung des Klassenziels: „Klimaschutz ist für uns selbstverständlich, doch muss er mit ökonomischem Sachverstand einhergehen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) jedoch ist vor allem kostspielige Klientelpolitik für erneuerbare Energien, aber kein sinnvoller Klimaschutz.“ Laut der Umfrage sehen 47 Prozent der Familienunternehmer die Energiewende durchaus als Chance für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Doch genauso befürchten 49 Prozent der befragten Firmenchefs, dass die Entwicklungen ihrem eigenen Unternehmen eher schaden. „Jede Fabrik, jeder mittelständische industrielle Betrieb, der wegen zu hoher Energiekosten aus Deutschland vertrieben wird, kann anderswo mit weniger Umweltschutzstandards aufgebaut werden. Das kann nicht das Ziel unserer Wirtschafts- und Energiepolitiker sein“, warnt Tack.

Deren Ziel kann auch nicht sein, was sich in der Republik derzeit vollzieht: Zank, Zoff und Ungerechtigkeiten allerorten. Landespolitiker liefern sich Schlammgeschlachten, um notwendige Stromtrassen im eigenen Vorgarten zu verhindern; Naturschützer mit Kirchturmperspektive blockieren den Ausbau von Windkraft und Pumpspeicherkraftwerken, wo er sinnvoll ist, während andernorts Lokalpolitiker Windräder als Renditeobjekt auf Flächen planen, die eigentlich geschützt sein sollten; Geringverdiener in Wohnblöcken ächzen unter steigenden Strompreisen, während Ärzte oder Rechtsanwälte mit Photovoltaikanlage auf dem Bungalow satte Renditen einfahren oder mit ihren teuren Strom-Hybrid-SUVs überdies künftig kostenlos parken und auf Busspuren am gemeinen Volk vorbeiziehen dürfen.

Jährliche Kosten der Energiewende laut IW Köln:

28 Milliarden Euro

Jährliche Kosten für den Durchschnittshaushalt:

270 Euro



Stromtrassen:

„OFT ZU EINZELGÄNGERISCH“

Als „Unverschämtheit aus München“ geißelte Hessens grüner Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir den Vorstoß der bayerischen Landesregierung, den Verlauf der selbst von den Grünen für notwendig erachteten Stromautobahn SuedLink von der Nordsee in die Voralpen um einige Hundert Kilometer nach Westen zu verlegen – zulasten der angrenzenden Bundesländer Hessen und Baden-Württemberg. Inzwischen ist das Klima zwischen Wiesbaden und München wieder besser, denn die umstrittenen Stromkabel, die den grünen Nordseestrom nach Süddeutschland bringen sollen, werden unterirdisch verlegt. Die Landschaft zerschneidende Monstertrassen sind vom Tisch. Und die Mehrkosten für die Erdverkabelung, laut jüngst bekannt gewordenen Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums satte drei bis acht Milliarden Euro, laut Netzbetreiber Amprion sogar zehn bis zwölf Milliarden? Interessieren keinen. Und die verlorene Zeit? Auch nicht. Die gesamte bisherige Planung für Freileitungen? Umsonst. Alle Pläne stehen auf null. „Wir haben fast drei Jahre verloren und wir werden weiter Zeit verlieren“, klagt Lex Hartmann, Deutschland-Statthalter des zuständigen Netzbetreibers Tennet in der *Süddeutschen Zeitung*. Schon formieren sich erste Bürgerinitiativen gegen die Erdkabel: Landwirte fürchten Ernteausfälle aufgrund von Bodenerwärmung.

47%

der Familienunternehmer sehen die Energiewende
durchaus als Chance für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

49%

der befragten Firmenchefs befürchten, dass die
Entwicklungen ihrem eigenen Unternehmen eher schaden.

Windkraft:**„FEHLENDE EINSICHT IN
KONFLIKTSITUATIONEN“**

„Er spielt in einer Liga mit dem Ayers Rock in Australien, der Serengeti in Afrika und den Niagarafällen in Kanada“, sagt Martin Waldhausen, ehemaliger Vorsitzender des deutschen UNESCO-Komitees „Man and the Biosphere“ – und er meint den Pfälzer Wald. **Niemand käme laut Waldhausen auf die Idee, in einem solchen Biosphärenreservat riesige Windkraftanlagen aufzustellen. Wirklich niemand? Die höchsten Gipfel im größten zusammenhängenden Waldgebiet Europas erreichen eine Höhe von luftigen 650 Metern – ideal für tonnenschwere Windfänger aus Stahl und Beton.** Zwischen Naturschützern vor Ort und rot-grüner Landesregierung in Mainz tobt ein erbitterter Streit. Merke: Energiewende ist, wenn jeder sie will, aber keiner etwas abgeben möchte.

**Pumpspeicherkraftwerke:
„UNGEZÜGELTE WUTAUSBRÜCHE“**

Satte 85 Prozent: Die Ohrfeige, die die Bürger der bayerischen Gemeinde Lam im Landkreis Cham ihren Lokalpolitikern Ende Juli 2015 erteilten, war schallend. Die Front gegen den Bau des Pumpspeicherkraftwerks am Berg Osser war breit – und die Wahlbeteiligung mit 78 Prozent selbst für einen Bürgerentscheid auf Rekordniveau – und das in Zeiten, wo darabende NRW-Städte gerade noch 30 Prozent ihrer Bürger zum Gang an die Kommunalwahlurne motivieren können. **Die Frage, über die es in Bayern abzustimmen galt und die mehrheitlich mit „Nein“ beantwortet wurde: „Sind Sie dafür, dass der Markt Lam in allen anstehenden Verfahren im Zusammenhang mit der geplanten Errichtung eines Pumpspeicherkraftwerks am Osser eine befürwortende Haltung einnimmt?“ Die Frage anders formuliert zeigt das wahre Problem, das längst über die Grenzen des Bayerischen Waldes in die gesamte Republik abstrahlt: „Sind Sie für die Energiewende und würden Sie dafür auch größere Nachteile in Ihrer näheren Umgebung in Kauf nehmen?“** Pflichtschuldig will der geplante Investor das Raumordnungsverfahren am Osser noch weiterlaufen lassen und parallel nach anderen Standorten Ausschau halten. Es dürfte erfolglos bleiben. Auch andernorts formieren sich die Wutbürger, wie die Liste aller geplanten und wieder verworfenen Pumpspeicherkraftwerke in Deutschland zeigt. Was die Demonstranten aber auch wissen sollten: Ohne Lösung der Speicherproblematik bleibt die Energiewendefrage offen (mehr dazu lesen Sie ab Seite 24).

**E10:****„DEM LEHRER WIRD
NICHT FOLGE GELEISTET“**

Was bleibt als politisches Vermächtnis von Ex-Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle? Die Stern-Dirndl-Affäre oder doch der Benzingipfel vom Frühjahr 2011? Damals versammelte der FDP-Politiker sämtliche Interessengruppen am runden Tisch, um den Streit über den Treibstoff E10 zu befrieden. Praktisch ohne Kommunikationsstrategie, entgegen den Wünschen von Verbrauchern und Tankstellenbetreibern, aber dafür mit umso mehr politischer Sturheit war die „Öko-Plörre“ (Bild) 2011 in den Markt gedrückt worden. Heute hat sich der Sturm gelegt; kein Auto ist nach dem Tanken des Treibstoffs mit 10 Prozent Anteil Bioethanol, wie erst befürchtet, auf der Straße verreckt. **Was sich indes hält, ist das Misstrauen der Verbraucher. Während die Kraftstoffsorte Eurosuper (E5) mit 5 Prozent Anteil Bioethanol einen leichten Zuwachs von 1,5 Prozent an den Tankstellen verzeichnete, entwickelte sich der Absatz von Super E10 im ersten Halbjahr 2015 rückläufig, meldet der Bundesverband der deutschen Bioethanolwirtschaft e.V.** Demnach wurden in den ersten sechs Monaten 2015 gerade noch 1,25 Millionen Tonnen abgesetzt. Das bedeutet ein Minus von 11 Prozent und einen Marktanteil von 14,1 Prozent – nach 15,5 Prozent im Vorjahr. Die mittelständische Mineralölbranche, die bereits auf rund 200 Millionen Euro Kosten für die Einführung sitzen geblieben ist, muss den Ladenhüter dennoch als Vollsorte anbieten. Merke: Gute Kommunikation ist bei der Energiewende die halbe Miete. E10 ist, mit den Worten von Automobilexperte Stefan Bratzel vom Center of Automotive in Bergisch Gladbach, ein „Zombie, living dead“.

**EEG-Umlage:****„ÄRMEREN
NICHTS
WEGNEHMEN“**

Wenn das Angebot steigt, purzelt der Preis. **Anders bei der EEG-Umlage: Die klettert gerade dann nach oben, wenn der Preis für Börsenstrom fällt. Hintergrund: Erzeuger von Ökostrom bekommen hierzulande eine feste Vergütung. Wenn der Börsenpreis dafür nicht ausreicht, deckt die EEG-Umlage den Rest. Und mit fallendem Strompreis an der Börse bei gleichzeitigem rasanten Anstieg des produzierten Grünstroms fällt die Umlage immer höher aus.** 2015 markiert mit einer Umlage von 6,17 Cent nur eine Verschnaufpause, nach dem vorläufigen EEG-Höchstwert von 6,24 Cent je Kilowattstunde im Jahr 2014. Für 2016 steht ein neuerlicher Anstieg auf 6,35 Cent je Kilowattstunde an. Durchschnittshaushalte mit einem Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden zahlen dann rund 222 Euro für die Förderung von Wind-, Sonnen- oder Biomasseenergie – übrigens unabhängig davon, ob sie auch Ökostrom beziehen. 2015 lag dieser Wert erst bei 216 Euro. Gerade für Geringverdiener ist dies eine Belastung. Sie geben prozentual gesehen wesentlich mehr Geld aus für Strom und Wärme als Besserverdiener. Der Stromverbrauch ändert sich mit steigendem Einkommen kaum – Licht und Heizung braucht jeder etwa im gleichen Maße. „Das mittlere Nettoeinkommen der reichsten 10 Prozent ist über sechsmal so hoch wie das Einkommen der ärmsten 10 Prozent, die Stromrechnung aber nur um rund ein Viertel höher“, stellte das IW Köln bereits vor Jahren fest.





LADESÄULEN ZU GÜNSTIG KALKULIERT

Fans der Schildbürger haben ihre wahre Freude an der Geschichte. Verfechter eines sorgsam umgangenen Umgangs mit Steuergeldern eher weniger. Für rund 11.500 Euro wollte die Stadt Geesthacht bei Hamburg zwei Ladesäulen aufstellen, um das Vorankommen der Elektromobilität zu unterstützen. Die Stadt hatte dafür einen Antrag bei der lokalen Aktionsgruppe „Aktivregion Sachsenwald-Elbe“ gestellt, der sie 2014 beigetreten ist. Rund die Hälfte des Geldes sollte aus einem Förderpotenzial der Aktionsgruppe kommen. Doch die winkte ab.

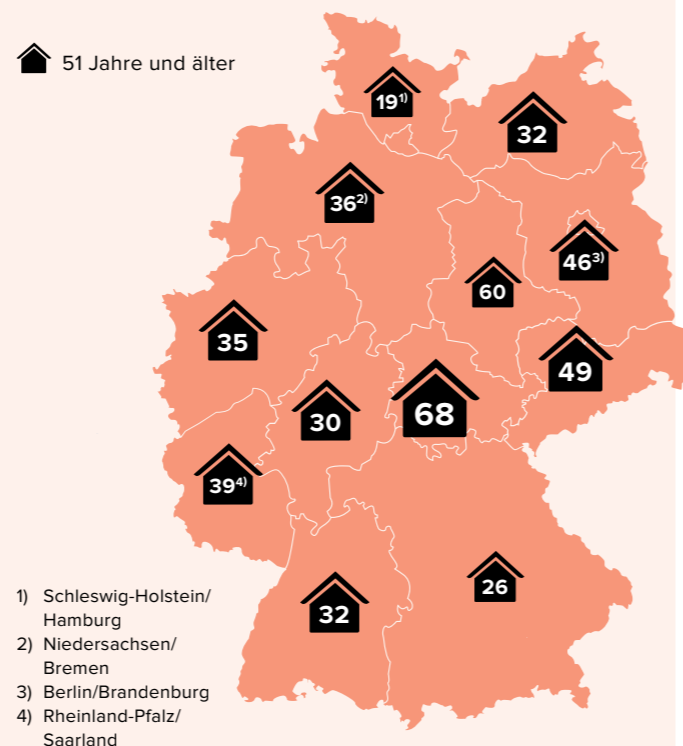
Überraschende Begründung: Die Pläne der Stadt seien zu günstig. Der Fördermindestbetrag liege laut Richtlinie bei 7.500 Euro pro Ladesäule. Während überall gespart wird, muss die Stadtverwaltung nun nachbessern, und zwar mit dem Ziel, die Kosten in die Höhe zu treiben, um doch noch Fördergeld zu bekommen. Und da hat die sparsame Gemeinde wohl noch etwas Luft nach oben: Einem Bericht der Lokalzeitung nach wurden Ausgaben für Schilder und Markierung der Standorte bisher nicht berücksichtigt.

Thüringen: 7 von 10 Häusern älter als 50 Jahre

Die Sanierungsquote beim privaten Gebäudebestand in Deutschland darbt bei einem Prozent. Dabei ist der Modernisierungsbedarf der rund 40 Millionen Wohngebäude hierzulande hoch. Das zeigten jüngst die Ergebnisse des „LBS-Hausbesitzertrends 2015“, einer Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) im Auftrag der Bausparkasse. Demnach ist allein mindestens ein Drittel der deutschen Eigenheime reif für eine Modernisierung. Wichtiger Gradmesser ist das Alter der Häuser sowie der Haustechnik – naheliegend, denn eine schlechte Gebäudeisolierung, undichte Fenster oder eine veraltete Heizungsanlage bedeuten meist hohe Verbrauchskosten für den Eigentümer. Vor allem in den neuen Bundesländern ist der Bedarf groß. So geben in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen vier von zehn Hausbesitzern an, ihre Immobilie müsse modernisiert werden. In den neuen Bundesländern ist der Anteil der Eigenheime, die älter als 50 Jahre sind, besonders hoch – Spitzenreiter ist Thüringen mit 68 Prozent.

SO ALT SIND DEUTSCHLANDS EIGENHEIME

Anteile am Eigenheimbestand in Prozent



- 1) Schleswig-Holstein/Hamburg
- 2) Niedersachsen/Bremen
- 3) Berlin/Brandenburg
- 4) Rheinland-Pfalz/Saarland

Quelle: GfK, LBS-Hausbesitzertrend 2015



GASKUNDEN BLEIBT DIE LUFT WEG

Einmal ans Gasnetz angeschlossen, ist der Kunde aller Sorgen ledig – versprechen die Anbieter. Doch Ende dieses Jahres stellen Versorger von L-Gas auf das energiereichere H-Gas um. Warum? „Grund für die sogenannte Marktraumumstellung ist, dass die L-Gas-Förderung in Deutschland und in den Niederlanden zurückgeht und damit absehbar ist, dass das noch förderbare L-Gas nicht mehr für alle bisher damit versorgten Verbraucher ausreicht“, erklärt Vorstand Stefan Arnold vom Energieberater Ispex. Das hat gravierende Folgen: Für Industrieunternehmen entsteht großer Aufwand, weil sie ihre gasnutzenden Anlagen technisch umrüsten müssen. Die Kosten dafür tragen die Verbraucher über die Netznutzungsentgelte, berichtet Ispex. Hintergrund: Die Verteilnetzbetreiber sind dafür verantwortlich, dass alle Geräte und Anlagen in ihrem Verteilungsgebiet auf die Brenn-

stoffveränderung eingestellt werden. Los geht's im Oktober. Zwischen 2016 und 2030 gilt es nach Schätzungen der Branche, bei 4,3 Millionen Gaskunden rund 5,6 Millionen Gasgeräte wie Heizungen, Herde, Industriebrenner und gewerbliche Backöfen auf eine andere Gasqualität anzupassen. Bei Standardanlagen muss dafür in der Regel nur eine Düse getauscht werden. Komplizierter ist es bei besagten industriellen Anlagen, bei denen umfangreiche Umbauten notwendig werden können. Die Kosten der Marktraumumstellung wurden von der Bundesnetzagentur auf knapp 1,7 Milliarden Euro beziffert – und per Marktraumumlage von den Netzbetreibern von allen Netzkunden kassiert. Und damit es niemandem auffällt, taucht die Umlage auch nicht separat auf den Gasrechnungen der Endkunden auf.

Biosprit: Neues Verfahren

BAKTERIEN STATT ACKERLAND?



Biotreibstoffe kämpfen schon lange gegen ein schlechtes Image. Kardinalvorwurf der Kritiker, der oft auf die Formel „Tank statt Teller“ verkürzt wurde: Auf wertvollem Ackerland, wo eigentlich Nahrungsmittel gedeihen sollten, wird Rohstoff für Biosprit produziert. Biotreibstoffe der zweiten Generation, die vollkommen ohne den Einsatz von Nahrungsmitteln wie Palmöl, Raps, Mais und Getreide auskommen, waren ein erster Schritt, das zu ändern. Nun hat das US-amerikanische Unternehmen Joule einen ganz anderen Weg eingeschlagen: Die Firma will für rund 200 Millionen US-Dollar eine Fabrik bauen, in der Blaualgen (Cyanobakterien) zu Sprit verarbeitet

werden. Eine Pilotanlage, in der Diesel und Ethanol für Verbrennungsmotoren hergestellt werden sollen, entsteht derzeit in New Mexico. Mittels der natürlichen Photosynthese und der Bakterienausscheidungen soll die Anlage 150.000 Tonnen CO₂ in 100 Millionen Liter Ethanol beziehungsweise 55 Millionen Liter Diesel umwandeln. Die Fertigstellung ist für 2017 auf einer 500 Hektar großen Fläche geplant. Die Produktionskosten pro Liter sollen angeblich weniger als 30 Cent betragen. Und kostbare Ackerflächen werden nicht mehr benötigt, wie das Beispiel in der Trockenzone von New Mexico zeigt.

UND DANN WAR DA NOCH

ÄRGER UM WIND



... der 2009 verstorbene Mime Patrick Swayze, der 1987 mit dem Dirty-Dancing Soundtrack „She's like the Wind“ einen Riesenhit gelandet hatte. Dem beschaulichen Wülfrath bei Wuppertal hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf nun im wahrsten Wortsinn den Wind aus den Segeln genommen. Weil ein von der Kleinstadt geplantes, knapp 100 Meter hohes Windrad möglicherweise ein elf Kilometer entferntes Wetterradar des Deutschen Wetterdienstes (DWD) stören könnte, kippten die Richter die bereits erteilte Baugenehmigung. Begründung: Der Rotor verursache Störerechos, die Radarmessungen in der unmittelbaren Umgebung beeinträchtigen könnten. Ob die Stadt gegen das Urteil Berufung beim Oberverwaltungsgericht in Münster einlegt, war zum Redaktionsschluss noch offen.

GUTER WETTBEWERB

14

Bis zu 14-mal täglich ändern sich in Deutschland die Spritpreise. Was der Autofahrer mitunter nicht nachvollziehen kann und als Abzocke interpretiert, ist für Ökonomen eher ein positives Signal. „Dass sich die Preise häufiger ändern, ist ein gutes Zeichen für den Wettbewerb“, sagt Justus Haucap im Magazin *Der Volkswirt*. Der Düsseldorfer Ökonom und frühere Vorsitzende der Monopolkommission weiter: „Zahlreiche empirische Studien belegen, dass Kartelle eher stabile Preise bevorzugen, während Wettbewerbsmärkte durch häufige Preisänderungen gekennzeichnet sind.“ Und unter den Tankstellen sei der Wettbewerb sehr intensiv.



Heute und gestern
Links der moderne Unternehmenssitz in Freudenstadt. Unten ein Schnappschuss aus den Anfangsjahren der Firma.



Tradition seit 100 Jahren

TEXT Andreas Spiegelhauer

Mit der Oest-Gruppe aus dem Schwarzwald feiert ein traditionsreicher deutscher Mittelständler 100. Geburtstag. Den Namen des Unternehmens kennen nur Branchenspezialisten. Die Produkte der Freudenstädter sind hingegen aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken.

Wer Auto fährt, ein Zahnimplantat erhält oder eine Tür öffnet, hat wahrscheinlich mehr oder weniger direkt Kontakt mit Produkten eines der traditionsreichsten deutschen Mittelständler: Im Schwarzwald feiert die Oest-Gruppe mit dem Georg Oest Mineralölwerk, der Oest Tankstellengesellschaft und Oest Maschinenbau mit Hauptsitz in Freudenstadt 100. Geburtstag. 1915 gründete

Georg Oest dort seine Firma für hochwertige Mineralölprodukte. Der Beginn einer Erfolgsgeschichte.

Die Entwicklung und Herstellung maßgeschneiderter Schmierstoffe und Bearbeitungsfluids für die Metallbearbeitung bilden seit Jahrzehnten die Kernkompetenz von Oest. Die Produktpalette deckt in den Bereichen spanabhebende Fertigung sowie spanlose Umformung

alle wesentlichen Anwendungsfelder der Metallbearbeitung ab. Zudem umfasst das Produktportfolio des Systemlieferanten ein breites Spektrum an Schmierstoffen für den industriellen Einsatz, etwa Hydraulik-, Getriebe- oder Schalöle.

Der Oest Maschinenbau entwickelt seit Mitte der 1960er-Jahre Maschinen zum Auftragen verbrauchsfertiger Leimgemische, unter anderem für die Holzindustrie. Mittlerweile gehört die Oest-Gruppe bei der Entwicklung und Produktion von Anlagen zum Dosieren, Mischen, Pumpen und Applizieren von Klebstoffen zu den Marktführern.

Vom Automobilhersteller bis zum Möbelfabrikanten – fast überall steckt ganz viel Oest drin. Ein Grund zu feiern und in die Zukunft zu blicken. Möglichst noch 2015 will Alexander A. Klein – seit 2008 Vorsitzender der Geschäftsführung – den Standort weiter stärken. Gegenüber dem Verwaltungsgebäude plant Oest ein

Fotos: Oest-Gruppe

PRODUKTIV

Das Georg Oest Mineralölwerk hat eine Kapazität von rund 20.000 Jahrestonnen und ist damit ein bedeutender Hersteller von Schmierstoffen und chemischen Produkten für die Industrie.

PIONIERGEIST

Mit Pioniergeist wurde das Unternehmen erfolgreich. Schon in den 1920er-Jahren, als Autobesitzer noch eine Seltenheit waren, begeisterten sich viele Menschen für Rennveranstaltungen wie das Solitude-Rennen. Viele Fahrzeuge wurden mit Motoren- und Getriebeöl der Marke Östol befüllt. In alten Bordbüchern von Mercedes-Benz wurde Östol als Schmierstoff empfohlen.

HOCHWERTIG

Zum Oest-Portfolio gehören auch hochwertige Kraft- und Heizstoffe nach den aktuell gültigen DIN-Normen. Für Liebhaber historischer Fahrzeuge gibt es die beliebten Östol Oldtimeröle. Bei Forst- und Gartenarbeiten verlassen sich immer mehr Nutzer auf die umweltfreundlichen Sonderkraftstoffe Oest Oecomix 2T und Oest Oeokraft 4T für Zwei- und Viertaktmotoren.

Lager- und Logistikzentrum. Auch in puncto Produktinnovationen ist Oest am Puls der Zeit. So hat etwa Oest Maschinenbau eine flexible beidseitige Abfüllanlage für Fässer und Kanister entwickelt, einsetzbar für Schmierstoffe und Chemikalien. Entstanden ist diese in Zusammenarbeit mit dem Georg Oest Mineralölwerk, wo sie bereits in Betrieb ist. Die Anlage eröffnet zusätzliche Kapazitäten, besonders für das Private-Label-Geschäft, bei dem Oest flexibel auf individuelle Gebinde-, Label- und Logistik-anforderungen der Kunden eingeht.

Wachstum, Kontinuität und Qualitätsdenken sind Bestandteile der Unternehmensstrategie. Diesen Weg möchte die Gruppe mit ihren rund 250 Mitarbeitern weitergehen. Soziale Verantwortung für die Belegschaft dankt diese mit hoher Markenidentifikation. Flexibilität, Kundennähe und Innovationskraft kommen nicht von allein: Das Führungsteam um Alexander A. Klein legt großen Wert auf qualifizierte Fachkräfte und Fortbildung.



Fotos: Oest-Gruppe

Menschlich und fachlich stimmt die Chemie. Alexander A. Klein: „Wir haben den Bereich Forschung und Entwicklung in unserem Hightech-Labor weiter ausgebaut. Für uns als Hersteller eigener Schmierstoffprodukte für den Industrie- und Automotive-Sektor ist dies von besonderer Bedeutung. Denn hier heben wir uns von vielen anderen Anbietern, die als Handelsunternehmen am Markt auftreten, deutlich ab.“

Mehr als 700 Quadratmeter groß ist die Labor-Etage, die im Jahr 2012 im neuen Firmengebäude bezogen wur-



Frühe Jahre

Seit 1915 ist der Name Oest ein fester Bestandteil des deutschen Mineralölmittelstands. Das Produktportfolio ist heute deutlich vielfältiger, der Fuhrpark moderner.



„Nachhaltigkeit basiert auf ökologischem Gleichgewicht und ökonomischer Sicherheit.“

Alexander Klein,
Oest-Gruppe, Vorsitzender der
Geschäftsführung

de. Sie bietet ideale Bedingungen für die Entwicklung kundenspezifischer Produkte und deren Qualitätssicherung. Das Oest-Laborteam besteht aus promovierten Chemikern, Ingenieuren, Chemielaboranten und Anwendungstechnikern mit jeder Menge Erfahrung.

Maßgeschneidert statt Massenware

Die Ideenschmiede Oest kann aus einem Fundus von mehr als 700 eigenen Rezepturen schöpfen. „Nur wenige Unternehmen am Markt verfügen über derart umfangreiche Möglichkeiten“, sagt Klein und benennt die Vorteile: „Wir bieten unseren Kunden Produkte, die maßgeschneidert sind.“ Je nach Aufgabe werden von den Oest-Experten auch neue Mischungen für Hightech-Schmierstoffe entwickelt und mit den Kunden in Versuchsreihen geprüft, bis der Schmierstoff optimal an die Anforderungen angepasst ist. Nicht zufällig zählen unter anderem namhafte Industrie- und Automobilunternehmen zu den Auftraggebern.

„Für viele unserer Kunden geht die Partnerschaft weit über die Belieferung mit Prozesshilfsstoffen hinaus. Gerade vor dem Hintergrund unseres hochmodernen Entwicklungslabors nutzen viele den Service und die Hilfestellung, die wir als flexibler, mittelständischer Systemlieferant auch im Fluidmanagement bieten können“, sagt Klein.

Noch viele offene Baustellen



TEXT Frank Burger

Ob bei Verkehr, Wärmeversorgung oder Stromerzeugung: Eine große Herausforderung der Energiewende sind verschiedene ungelöste Probleme im Zusammenhang mit der Speichertechnik. Mal arbeitet die bestehende Technologie noch nicht wirtschaftlich, mal verhindern die Marktbedingungen den im Grunde möglichen Einsatz. Ein Überblick.

Aber bitte nicht bei uns!

Mit Pumpspeicherkraftwerken ist es vertrackt: Sie können Netzschwankungen bei der Stromerzeugung mithilfe von Wind oder Sonne ausgleichen und nutzen selbst zur Stromerzeugung die regenerative Energiequelle Wasser – Eigenschaften, die Befürworter der Energiewende eigentlich positiv stimmen müssten. Dennoch stoßen Pläne für den Bau von Pumpspeicherkraftwerken immer wieder nicht nur auf Widerstand in der Bevölkerung, sondern gerade bei Institutionen und Initiativen aus dem Umweltschutzbereich. Eines der jüngsten Beispiele: das geplante Kraftwerk Johanneszeche im Bayerischen Wald. Anfang 2014 wird öffentlich, dass das Münchner Unternehmen Vispiron Engineering am Berg Osser bei der Ortschaft Lam eine Anlage mit einer Leistung von rund 100 Megawatt bauen will, für die Rohrleitungen von gut fünf Kilometern Länge nötig sind. Ober- und Unterbecken des Kraftwerks sollen je fast vier Hektar groß sein – das entspricht etwa der Fläche von je acht Fußballfeldern. Prompt regt sich Widerstand: Der Protest richtet sich vor allem gegen die gefürchtete Zerstörung der Landschaft und eine mögliche Geruchsbelästigung. Ein Aktionsbündnis, angeführt vom Bund Naturschutz in

Bayern, sammelt Unterschriften, im Juli 2015 folgt ein Bürgerentscheid, bei dem 85 Prozent gegen das Kraftwerk stimmen – rechtlich zwar nicht bindend, aber das Raumordnungsverfahren wird eingestellt. Und die Diözese Regensburg, größter Grundbesitzer am Osser, nimmt Abstand vom möglichen Verkauf an Vispiron – eine krachende Niederlage. Aber gibt es Sieger? Ließen sich die immer gleich garteten Konflikte nicht besser lösen?

Hildegard Müller, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung beim Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), sagt: „Es ist unausweichlich, dass die Energieerzeugung im Zuge der Energiewende viel stärker sichtbar wird als in der Vergangenheit. Es muss gelingen, durch einen konstruktiven Verständigungsprozess Akzeptanz herbeizuführen. Es ist wichtig, die unterschiedlichen Pers-

pektiven von Bürgern, Planern, Verwaltung, Politik, Unternehmen, NGOs und Medien zu kennen und die zugrunde liegende Motivation zu verstehen.“ Das meint auch Miriam Hegner, Referentin für Technologien und Standards beim Bundesverband Energiespeicher (BVES): „Zur Lösung der Konflikte ist zunächst eine offene Kommunikation notwendig. Anwohner müssen frühzeitig eingebunden und die Notwendigkeit und Bedeutung des jeweiligen Projekts immer wieder erläutert und diskutiert werden. Ängste und Sorgen sind ernst zu nehmen.“ Miteinander reden? Klingt gut, das würden sowohl Gegner als auch Befürworter von Pumpspeicherkraftwerken unterschreiben. Aber der Außenstehende hat dennoch das Gefühl, dass bei diesem Zankapfel vor allem das Sankt-Florian-Prinzip gilt: „Heiliger Sankt Florian / Verschön' mein Haus / Zünd' and're an!“

PUMPSPEICHER-KRAFTWERKE

Pläne für den Bau neuer Pumpspeicherkraftwerke stoßen immer wieder auf den Widerstand von Bevölkerung und Umweltschützern.

Heavy Metal lebt noch lang

Die Deutschen haben das Auto erfunden und sie sehen sich auch in Sachen Klimaschutz vorn – kein Wunder, dass ein Element der geplanten Energiewende besondere Aufmerksamkeit genießt, das beides vereint: die Elektromobilität. Die Bundesregierung hat bei diesem Thema schwere Geschütze aufgeföhren, bis 2020 sollen auf bundesdeutschen Straßen eine Million Elektrofahrzeuge unterwegs sein.

Eine saubere Sache, denn der Elektromotor verursacht zumindest hinten raus null Emissionen. Seinen Strom erhält er üblicherweise aus einem Lithium-Ionen-Akku, der sogenannten Traktionsbatterie. Aber wer weiß schon, dass in jedem Elektroauto zusätzlich eine Bleibatterie arbeitet, so wie in jedem Fahrzeug mit stinknormalem Verbrennungsmotor? Und mit welcher Funktion?

„Die konventionelle Bleibatterie ist nötig für die komplette Bordelektronik, für alle elektrischen Verbraucher, die mit zwölf Volt Spannung funktionieren, etwa Fensterheber, Radio, Windschutzscheibenheizung und die diversen Sicherheitskomponenten“, sagt Christian Rosenkranz, Europachef der Entwicklung bei Johnson Controls Power Solutions, dem weltweit größten Hersteller von Bleibatterien. Nun steht Blei als Schwermetall nicht gerade im Ruf, besonders umweltfreundlich zu sein. Stellt uns die weltweit wachsende Zahl der Elektroautos damit vor ein weiteres Entsorgungs-, sprich Umweltproblem, wenn die Fahrzeuge dereinst auf dem Schrottplatz zum letzten Mal parken?

Nächste Überraschung: Die Batterie mit dem geschmähnten Herz aus Blei „lässt sich zu 99 Prozent recyceln, ohne Qualitätsverlust und mit einer wesentlich besseren Energiebilanz als beim Recyceln einer Lithium-Ionen-Batterie“, sagt Christian Rosenkranz.

Klar sagt er das, immerhin recycelt Johnson Controls weltweit 8.000 Batterien – pro Stunde. Allein im Werk Krautscheid bei Bonn waren es in den vergangenen zehn Jahren 45 Millionen. Aber erstens ist das Unternehmen kein reiner Blei-Verfechter, sondern auch einer der führenden Hersteller von Lithium-Ionen-Batterien. Und zweitens findet auch das Bundesumweltministerium kein Haar in



„Es ist unausweichlich, dass die Energieerzeugung im Zuge der Energiewende viel stärker sichtbar wird als in der Vergangenheit.“

Hildegard Müller,
Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung beim Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)

der Suppe: „Das Recyceln von Bleibatterien ist seit Jahrzehnten etabliert und durch das Batteriegesetz geregelt. Es gibt eine Mindestrecyclingeffizienz von 65 Prozent der Bleibatteriemasse vor, die von den deutschen Bleibatterie-Recyclern seit Jahren übertroffen wird“, sagt Ministeriumssprecher Stephan Gabriel Haufe.

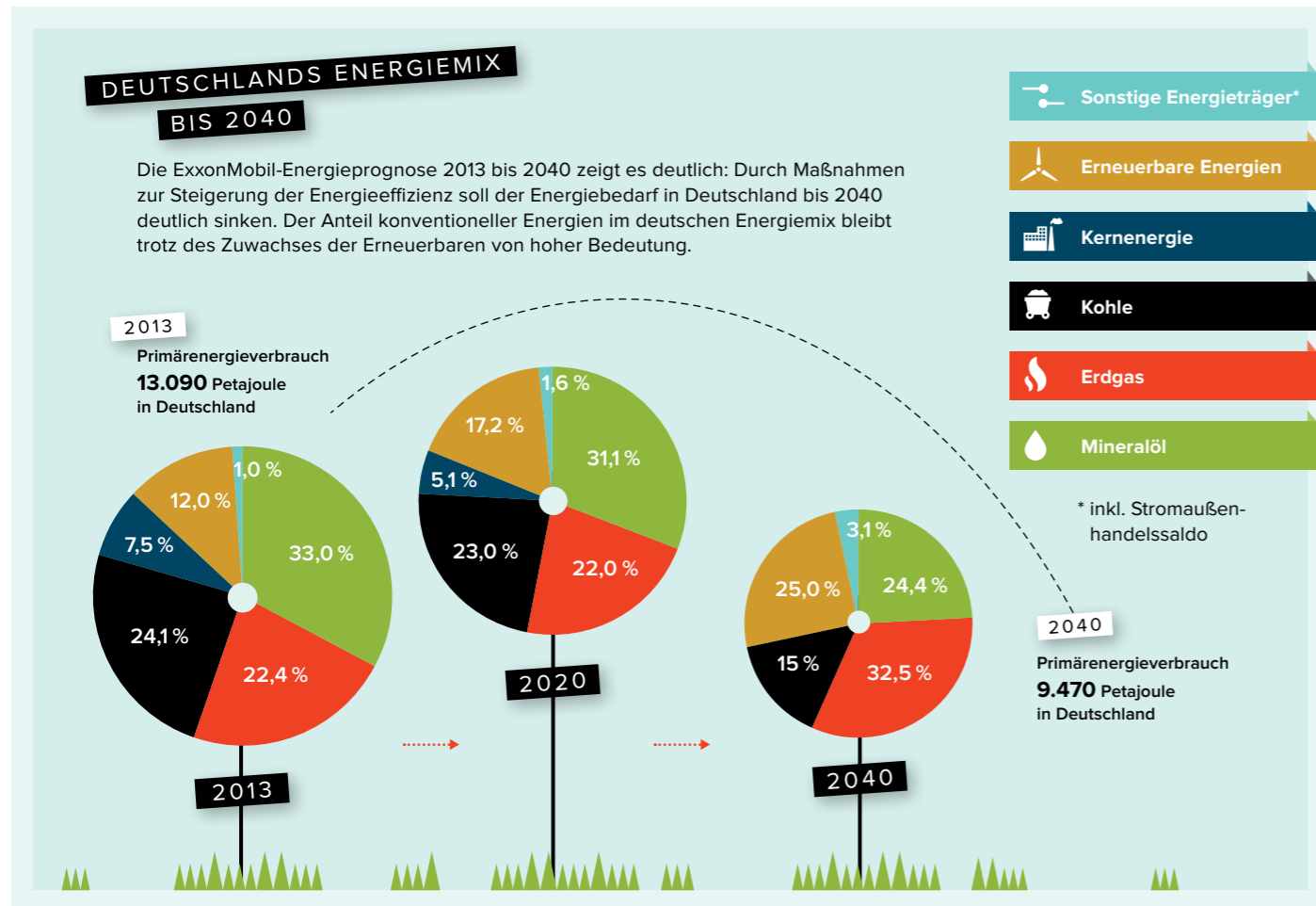
Der ganz große Tauchsieder

Die Energiewende bringt es mit sich, dass der Anteil von Strom aus volatilen Quellen wie Sonnenenergie oder Windkraft weiter steigt und Schwankungen zwischen Angebot und Nachfrage ausgeglichen werden müssen, beispielsweise durch Energiespeicher. Die Fraunhofer-Institute für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik sowie Windenergie und Energiesystemtechnik haben dazu eine Metastudie über 800 Studien angefertigt. Ein zentrales Ergebnis: Stromspeicher wie Solarbatterien oder Power-to-Gas-Systeme sind unter den derzeitigen Rahmenbedingungen nur bedingt wirtschaftlich zu betreiben.

Bis sich das ändert, sind Alternativen gefragt. Eine technisch machbare und günstige Lösung stellt hingegen eine besondere Form von Power-to-Heat (PtH), also die Wärmeerzeugung aus überschüssigem Grünstrom, dar. Vor allem für Privathaushalte, die auf ein Hybridsystem aus Öl- oder Gas-Brennwertheizung und Solarthermieanlage setzen und einen

Pufferspeicher für warmes Wasser haben. Stark vereinfacht funktioniert das Prinzip so: Der Regelenenergieanbieter kann in Überschusszeiten die PtH-Heizungsanlage online ansteuern und den elektrischen Heizstab im Pufferspeicher zuschalten, der Wasser erwärmt. Klingt gut, ist gut, was bleibt, ist ein Problem: Das Strommarktdesign in Deutschland lässt es derzeit noch nicht zu, dass einzelne Haushalte eingebunden werden. Dabei ist „in vielen Anwendungsfällen die Umwandlung von regenerativ erzeugtem Strom in Wärme hocheffizient. Noch dazu ist sie klimaneutral und vermeidet den Verbrauch fossiler Rohstoffe“, sagt Miriam Hegner, vom BVES. Wie die wirtschaftlichen Potenziale von Hybridsystemen mit Power-to-Heat konkret aussehen, hat das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) Anfang dieses Jahres in einer Studie vorgestellt. Demnach kann sich die Nachrüstung einer bestehenden Öl- oder Gasheizung auf Power-to-Heat unter günstigen Bedingungen schon nach wenigen Jahren amortisiert haben. Zum einen durch die jährlichen Heizkostensparnisse. Zum anderen erhält der Verbraucher für die Abnahme des Überschussstroms eine Vergütung vom Netzbetreiber.

Ganz nebenbei leisten die privaten Nutzer einen Beitrag zur Netzstabilität, da sie Strom aus extremen Erzeugungsspitzen nutzen, der ansonsten abgeregelt werden müsste. ■



Die Energie-„Klassiker“ bleiben wichtig

2040 DECKEN ÖL UND GAS NOCH 57 PROZENT DES DEUTSCHEN PRIMÄRENERGIEBEDARFS

Die Meldung war ein Paukenschlag: Die Regierungschefs der sieben wichtigsten westlichen Industrienationen hatten bei ihrem Treffen in Elmau beschlossen, dass die G7-Länder vor dem Jahr 2100 den Ausstoß von Treibhausgasen auf null reduzieren wollen. Ein ehrgeiziges Ziel, das zumindest aus heutiger Sicht kaum der energiepolitischen Realität entspricht. Die ExxonMobil-Energieprognose 2013 bis 2040, in welcher der Konzern unter anderem die Entwicklung des deutschen Energiemixes untersucht hat, zeigt, dass fossile Energien zumindest bis 2040 eine unverändert wichtige Rolle spielen. Öl und Gas decken zum Ende des Untersuchungszeitraums voraussichtlich noch knapp zwei Drittel des deutschen Primärenergiebedarfs. Dennoch sind die Ergebnisse der Energiewende auch hierzulande deutlich abzulesen. Denn vor allem dank verschiedener Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz wird der Primärenergiebedarf insgesamt deutlich sinken. Ein gutes Beispiel für eine wirkungsvolle Maßnahme ist der Tausch alter Öl- oder Gasheizungen gegen moderne Brennwerttechnik mit einem knapp 100-prozentigen Nutzungsgrad. Denn die sauberste Kilowattstunde ist diejenige, die gar nicht erst verbraucht wird. (avs)

Quelle: Exxonmobil – Energieprognose 2014

Gemeinsam stark in allen Regionen.

Der Mineralölmittelstand in Deutschland.



UNITI – Der Mineralölmittelstand

Wir repräsentieren und versorgen in Deutschland*

66 über
Prozent
... der freien Tankstellen,

50 über
Prozent
... des Schmierstoffmarktes,

... täglich
4,5 Millionen
Kunden an ihren Tankstellen,

39 Prozent
... des Tankstellenmarktes,

42 Prozent
... des Marktes
für Autogas,

20 Millionen
... Menschen mit Wärme,

80 Prozent

... des Marktes für Flüssige
und Feste Brennstoffe.

* Alle Angaben sind Circa-Angaben (Stand Juli 2014)



Der Mineralölmittelstand
im Portrait

Energie bewegt uns **UNITI**

UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V. · Jägerstraße 6 · 10117 Berlin
T. (030) 755 414-300 · F. (030) 755 414-366 · info@uniti.de · www.uniti.de